

⁶ Axel Honneth, *Integrität und Mißachtung. Grundmotive einer Moral der Anerkennung*, in: Merkur 501 (1990), 1029-1043.

⁷ Rama Mani, *Beyond Retribution. Seeking Justice in the Shadows of War*, Cambridge 2002.

⁸ Vgl. *Erd-Charta*. Deutsche Übersetzung hg. von Ökumenische Initiative Eine Welt und BUND, Diemelstadt-Wethen 2001. (Zur Entstehungsgeschichte der Erd-Charta vgl. Leonardo Boff, *Die Erdcharta: jenseits der Entzauberung*, in: ders., *Die Erde ist uns anvertraut. Eine ökologische Spiritualität*, Kevelaer 2010, 209-229; Anm. d. Übers.).

⁹ TARR steht für *truth* (Wahrheit), *accountability* (Zurechenbarkeit, Verantwortlichkeit), *reparation* (Wiederherstellung) und *reconciliation* (Versöhnung). Vgl. den Beitrag von Luc Reyckler und Jacques Haers in diesem Heft, des Weiteren: Stephan Parmentier u.a., *How to Deal with Mass Victimization and Gross Human Rights Violations. A Restorative Justice Approach*, unter: www.scholar.google.es/scholar?g=tarr+model+in+transitional+justice&hl=en&as_sdt=0&as_vis=1&oi=scholart&sa=X&ei=LÜgpUJX_BMW7hAfNnlDoBA&ved=OCBsgMwAA (zuletzt aufgerufen am 11. 11. 2012).

¹⁰ Der Autor deutet hier das Englische *for-give* als „geben im Übermaß“ und stellt ihm das Kunstwort *for-receive* („empfangen im Übermaß“) gegenüber. Anm. d. Übers.

¹¹ Vgl. www.arapacisinitiative.org/en/il-consiglio/8-membro-del-consiglio/103-leonel-narvaez-gomez (zuletzt aufgerufen am 10. 11. 2012).

Aus dem Englischen übersetzt von Dr. Bruno Kern M.A.

„Restorative Justice“ inmitten fortgesetzter Gewalt

Erfahrungen aus Mindanao (Südphilippinen)

Daniel Franklin Pilario

Versöhnung und Gerechtigkeit stehen in der christlichen Tradition in einem dialektischen Verhältnis zueinander: Die Spannbreite reicht von Augustins Aussage, wonach „Barmherzigkeit kein Ersatz für vorenthaltene Gerechtigkeit“ sei, über die Beziehung zwischen Gerechtigkeit, Barmherzigkeit und Frieden bei Thomas von Aquin in der *Summa Theologica* II-IIa, q. 29, bis hin zur Verknüpfung von Gerechtigkeit und Vergebung in einer vor kurzem (am 30. April 2012) verlautbarten Botschaft von Benedikt XVI. Der Papst bekräftigt in seiner Ansprache an die Päpstliche Akademie der Sozialwissenschaften, dass es „das Zusammenwirken von Gerechtigkeit und Vergebung, von Gerechtigkeit und Gnade [ist], das der göttlichen Antwort auf menschliche Vergehen zugrunde liegt“. Er fährt mit einem Zitat von Johannes Paul II. fort: Es kann „keinen Frieden ohne Gerechtigkeit, keine Gerechtigkeit ohne Vergebung“ geben.¹

Bislang wird in einem Großteil der Literatur die Vorstellung der *restorative justice*² als notwendige Entwicklung zur Herstellung eines Gleichgewichts zwischen zwei Polen betrachtet. Dieses Gleichgewicht respektiert die Integrität der Justiz bei gleichzeitiger Wahrung ihrer menschlichen Seite, nämlich der Vergeltung und Gnade sowie des Friedens. *Restorative justice* wird allerdings überwiegend in gefestigten Gemeinschaften der Ersten Welt diskutiert und in Gesellschaften, in denen die Konflikte bereits beigelegt sind. In diesem Artikel soll die Brauchbarkeit dieser Diskussionen in Situationen untersucht werden, die auf lang andauernde Kriege zurückblicken und unter fortgesetzter Gewalt leiden. Ich möchte diese Überlegungen in einem konkreten, mir vertrauten Kontext verorten – in der muslimischen Region von Mindanao im Süden der Philippinen. Dieser Beitrag umfasst vier Teile: erstens einige kurze Informationen über den Konflikt auf Mindanao, zweitens einen groben Überblick über dessen Geschichte, drittens einen Blick auf lokale Initiativen für die Schaffung von Gerechtigkeit und die Erhaltung des Friedens; und viertens geht es um die Lehren, die sich daraus ziehen lassen. Meine These lautet, dass sich *restorative justice* – auch wenn sie in Kontexten mit bereits beigelegten Konflikten häufiger praktiziert wird – in lang andauernden Kriegen unterschiedlich ausprägt und auf unterschiedlichen Voraussetzungen beruht. Hierdurch möchte ich einen Beitrag zur Diskussion über die Frage leisten, wie in komplexen Gewaltsituationen Gerechtigkeit wiederhergestellt und dauerhafter Frieden erzielt werden kann.

I. Schlagzeilen

Ständig ist Mindanao, ein Teil der südlichen Philippinen, in den Schlagzeilen. Ich möchte einige Ereignisse betrachten, die sogar in den internationalen Nachrichten wahrgenommen wurden. Ganz oben in den Schlagzeilen war die Ermordung von Missionaren und die Entführung von Schwestern und Lehrern, meist zur Erpressung von Lösegeld. Einer der bekannteren Fälle war die Ermordung von Bischof Benjamin de Jesus im Jahr 1997 direkt vor seiner Kirche in Jolo in der Provinz Sulu. In keinem der Fälle haben sich Augenzeugen gemeldet. Da die Kultur des Schweigens immer noch existiert, wurde keiner dieser Fälle aufgeklärt. Auch in jüngerer Zeit erlangte ein weiterer prominenter Fall internationale Aufmerksamkeit: Beim Massaker im Jahr 2009 in Maguindanao hielt einer der örtlichen politischen Warlords, Andal Ampatuan, einen Konvoi von politischen Gegnern und zahlreichen Journalisten an, brachte sie auf einen Hügel und erschoss alle 58 Menschen. Sie wurden alle zusammen mit ihren Fahrzeugen vergraben. Drei Jahre nach dem Massaker sind die Täter im Gefängnis, doch die Anklage gegen sie besitzt immer noch keine überzeugenden Beweise, weil einige Zeugen einfach verschwunden oder unter mysteriösen Umständen zu Tode gekommen sind.³ Dabei werden nicht nur Missionare entführt, sondern auch Touristen. Ein amerikanisches Ehepaar, Martin und Gracia Burnham, feierte seinen Hochzeitstag in einem Resort. 2001 wurden beide von den Abu-Sajaf-Milizen

entführt. Ein Jahr lang wurden sie von ihren Entführern mit Waffengewalt dazu gezwungen, zu Fuß durch den Dschungel zu laufen. Im anschließenden Schusswechsel mit dem militärischen Rettungsteam wurde der Ehemann Martin getötet. Seine Frau Gracia überlebte und schildert ihre Geschichte in einem Buch mit dem Titel *Im Angesicht meiner Feinde*⁴, das sich [in englischer Sprache] bislang 300.000 Mal verkauft hat. Die Abu-Sajaf-Milizen erlangten nach dem 11. September 2001 internationale Prominenz, weil ihr Gründer Janjalani Verbindungen zu Osama bin Laden und al-Qaida besaß; auch er war in Libyen ausgebildet worden und hatte im Afghanistankrieg gekämpft. Der Traum der Abu-Sajaf-Milizen ist religiös-politischer Art: Sie wollen in Mindanao einen muslimischen Gottesstaat errichten.

Diese Nachrichten erwecken den Eindruck, als ob die Gewalt in erster Linie von Muslimen verübt wird, was das Stereotyp eines solchen „Terroristen“ in den westlichen Medien verstärkt. Doch Muslime sind auch Opfer, und womöglich werden sie dazu in effektiver und planmäßiger Weise gemacht. Darüber wird allerdings kaum einmal in den Nachrichten berichtet. Marcos [der damalige Präsident der Philippinen] wollte auf dem Gipfel seiner Macht im Jahr 1968 die malaysische Nachbarinsel Sabah besetzen und annektieren. Er rekrutierte eine Gruppe von Muslimen, brachte sie für eine „Spezialausbildung“ auf eine andere Insel – Corregidor in der Nähe Manilas – und machte sie zur Kommandoeinheit „Jabidah“. Als sie davon erfuhren, dass sie gegen ihre muslimischen Glaubensgenossen in Sabah kämpfen sollten, weigerten sie sich. Marcos ließ sie alle im sogenannten „Jabidah-Massaker“ hinrichten.⁵ Muslime wurden auch gezielt von rechtsgerichteten Christen und von Extremisten angegriffen, die vom philippinischen Militär unterstützt wurden:

1971 wurden etwa hundert muslimische Männer, Frauen und Kinder in ihrer Moschee niedergemetzelt. Der frühere Präsident Estrada rief 2000 einen „totalen Krieg“ gegen die „Muslim-Separatisten“ (die Islamische Befreiungsfront der Moros) aus. Als das größte Lager der Rebellen erobert worden war, flog der Präsident persönlich auf die Insel und feierte den Sieg mit Bier und Schweinebraten direkt im Lager; für die Muslime war das ein großer Affront. Und wozu haben all die jahrzehntelangen Kriegszüge geführt? Nach bald fünfzig Jahren erbitterter Kämpfe – sowie Ausgaben in Höhe etlicher Milliarden – hält die Gewalt in Mindanao unvermindert an.

*Daniel Franklin Pilario CM ist Priester des Vizinianerordens, Professor für Theologie an der Saint Vincent School of Theology, Adamson University, in Manila und zugleich deren Dekan. Sein Lizentiat (1998) und Doktorat (2002) in Theologie erhielt er an der Katholischen Universität von Leuven, Belgien. Seine Forschungsgebiete sind Fundamentaltheologie, theologische Anthropologie, Inkulturation, interreligiöser Dialog, theologische Methoden sowie politisch-soziale Theoriebildung. Er ist Gründungsmitglied von DAKATEO (katholisch-theologische Gesellschaft der Philippinen) und war eine Zeitlang ihr Präsident. Anschrift: St. Vincent School of Theology, 221 TandangSora Ave., P.O. Box 1179, 1151 Quezon City, Philippinen.
E-Mail: danielfranklinpilario@yahoo.com.*

II. Mehrfache Kolonisierung

Die Geschichte dieses langwierigen Krieges ist viel länger und reicht viel tiefer, als diese sporadischen Gewaltausbrüche es erahnen lassen. Dieser Krieg gilt momentan als der weltweit zweitlängste innerstaatliche Konflikt. Länger tobt nur die Krise zwischen dem Nord- und dem Südsudan (die im 10. Jahrhundert begann). Wenn man den Kampf um die muslimische Autonomie auf den Südphilippinen verstehen will, muss man in die Zeit vor der Kolonisierung durch die Europäer im 16. Jahrhundert zurückgehen. Damals wurden diese Inseln von unabhängigen und selbstständigen Sultanaten in der Sulu-Zone regiert. Sie trieben Handel und unterhielten diplomatische Beziehungen mit anderen politischen Kräften in der Umgebung. Die meisten dieser indigenen Gruppen wurden im 14. Jahrhundert islamisiert, nachdem 1380 die ersten arabischen Missionare ankamen. Das war zweihundert Jahre vor Ankunft der europäischen Kolonialmächte. In der Geschichte Mindanaos ereignete sich dann das, was die Historiker als „mehrfache Kolonisierung von Moroland“⁶ bezeichnen – zuerst im 16. Jahrhundert durch die Spanier, dann im 20. Jahrhundert durch die Amerikaner, später durch die Philippinos selbst und in jüngster Zeit noch einmal während des Antiterrorkriegs.

Trotz ihrer Übermacht war es den Spaniern nicht möglich, die Moros zu „christianisieren“ oder politisch zu unterwerfen. So wurde beispielsweise 1751 ein Kolonialdekret erlassen, das es christlichen Privatpersonen gestattete, im Tausch gegen politische und wirtschaftliche Gefälligkeiten Kriegszüge gegen die Moros zu führen. Einige Gebiete wurden christianisiert, aber meist regte sich erheblicher Widerstand. Die Veränderungen in der Geopolitik und in der Wirtschaft in der Sulu-Zone und in Südostasien trugen ihr Teil dazu bei, die Moros an den Rand zu drängen. Dazu ein Beispiel: Die Praxis der Moros, Menschen für die Sklaverei zu rauben und Piraterie zu treiben, sahen die Europäer in der Kolonialzeit als barbarisch an. Doch diese Praxis hatte ihren Ursprung in der Nachfrage nach Sklavenarbeitern im Rahmen des Handels mit Meerereszeugnissen wie Vogelnestern, Wachs, Kampfer, Perlen usw. zwischen Europa, China und Sulu. Die meisten der Raubzüge wurden in christlichen Siedlungen unternommen. Doch als die spanische Regierung in Manila die muslimischen Sklaven-Raubzüge nach außen hin anprangerte, sah sie sich zugleich in der „paradoxen Situation, dass sie einen lukrativen regionalen Handel mit Sulu aufbaute, der unbeabsichtigterweise von der Sklaverei und ‚Piraterie‘ abhängig war, welche man aus religiöser Sicht gebrandmarkt hatte“⁷.

Einhergehend mit militärischen Befriedungskampagnen praktizierten die nach den Spaniern im 20. Jahrhundert eintreffenden amerikanischen Kolonisatoren einige harmlose Kolonialtaktiken wie beispielsweise Bildung und „offiziellen“ Landraub. Da die indigenen Völker nicht über formelle Eigentumsurkunden verfügten, beschlagnahmte die amerikanische Kolonialregierung große Stücke der den Vorfahren gehörenden Gebiete, erklärte sie zu „staatlichem Land“ und ermöglichte es landlosen christlichen Siedlern, dort Land zu erwerben. Auf diese

Weise wurde auch das Problem der Überbevölkerung in anderen Teilen des Landes gelöst. Außerdem ließ die US-Kolonialpolitik auch zu, dass große amerikanische Unternehmen wie BF Goodrich, Del Monte oder Goodyear dieses wertvolle, den Ahnen gehörende Land erwarben. Die meisten dieser Unternehmen sind dort bis heute tätig. Deshalb geht es beim derzeitigen Kampf der Moros faktisch um das Wiedererlangen von Land, das sich einst in ihrem Besitz befunden hat.

Als die Amerikaner 1946 das Land verließen, führte die überwiegend aus Christen bestehende politische Elite der Philippinen die Politik der Übergriffe und der Unterwerfung fort. Die Mainstream-Politiker der in Manila sitzenden Regierung bedienten sich auch der örtlichen muslimischen Führer, um selbst an der Macht zu bleiben. Sie gaben den regionalen Warlords freie Hand, dort ihre Macht zu missbrauchen und Gewalt zu verüben. Außerdem befinden sich seit dem 11. September 2001 wieder amerikanische Truppen in Mindanao, um ihren „Antiterrorkrieg“ fortzusetzen – obwohl die Verfassung die Präsenz ausländischer Truppen im gesamten Land untersagt.

Aus diesen Gründen dauert in Mindanao die Gewalt bis heute an und wird von allen Seiten verübt – von „muslimischen Separatisten“, konkurrierenden muslimischen Führern und Warlords, von christlichen Lokalpolitikern, dem Militär, multinationalen Konzernen und ihren Privatarmeen, der Strukturpolitik der Regierung in Manila sowie in jüngster Zeit von den amerikanischen Truppen, die in verdeckten Einsätzen nach „Terroristen“ suchen. Zu Opfern werden nicht nur diejenigen, die von Bomben oder Kugeln getroffen (wobei es jeden treffen kann!) oder gekidnappt werden – zu Opfern werden auch die Millionen von Menschen, die gezwungen sind, ihre Häuser, Höfe und Habe zurückzulassen, um dem Kugelregen zu entgehen. Dieser Zustand der Angst, der Lähmung und des um sich greifenden Leides sucht diese Region weiterhin heim, ohne dass man die tatsächliche Quelle der Gewalt genau benennen könnte.

III. Gerechtigkeit und Versöhnung

Wie kann in dieser sehr komplexen und unsicheren Lage Recht geschaffen werden? In der Rechtswissenschaft wird zur Zeit darüber diskutiert, welche Art von Recht am ehesten zur Versöhnung führt. Dabei geht es in erster Linie darum, dass der Staat und seine formelle Gesetzgebung mit der strengen Bestrafung der Täter und der immanenten, gegen das Verbrechen gerichteten Haltung der straffenden Gerechtigkeit bei der Lösung tiefer gesellschaftlicher Konflikte für nicht effektiv gehalten wird. Demgegenüber verspricht *restorative justice* diese Lücke zu schließen, indem sie der Stimme der Opfer Priorität einräumt und die Täter zur Rechenschaft zieht. In diesem zur Wiedergutmachung und Verbesserung führenden Prozess kommt der Gemeinschaft die Rolle des Vermittlers zu. Entscheidend ist bei diesem Vorgehen der Dialog von Angesicht zu Angesicht und die aktive Beteiligung von Tätern, Opfern und ihren Familien sowie auf allen Seiten

die Bereitschaft zum Zuhören. Erstmals wurde dieses Verfahren in den 1970er Jahren in den entwickelten Ländern im Kontext der Strafgerichtsbarkeit angewandt. Es hat zunehmend Anklang in der derzeitigen etablierten Rechtswissenschaft gefunden. In jüngster Zeit kommt es bei der Arbeit der Friedenskonsolidierung in Gesellschaften zur Anwendung, welche Kriege, die Apartheid oder auch Völkermorde überwunden haben.⁸

Was ist jedoch in Situationen, in denen wie in Mindanao fortwährend Krieg herrscht und in denen die Gewalt nicht der Vergangenheit angehört, sondern gegenwärtig und real ist? Eine dort arbeitende Nonne sagt: „Wenn ich morgens unser Haus verlasse und in die Schule gehe, dann habe ich das Gefühl, als ob ich das Maul eines Krokodils betrete, das mich jederzeit fressen kann.“ Was geschieht in den Fällen, in denen der oder die Täter überhaupt nicht ermittelt werden konnten und in denen sich die Familien der Opfer aus Angst vor ihnen nicht zu erkennen geben? Ich bin davon überzeugt, dass der Aufruf zur *restorative justice* viel grundsätzlicher in die Tat umgesetzt werden muss – nämlich auf der Ebene des Überlebens. Nehmen wir einige Initiativen an der Basis in den Blick.

Die Schaffung von Möglichkeiten zum alltäglichen Überleben

Die erkennbarste Auswirkung des Krieges besteht darin, dass die menschlichen Grundbedürfnisse – nach Nahrung, Medizin, Wasser, Toilettenanlagen, der Sicherung des Lebensunterhalts usw. – nicht befriedigt werden. In Konfliktsituationen leiden Kinder nicht etwa unter den Schusswechseln am meisten (manche von ihnen spielen in der Nähe von Militärlagern!) oder unter den tiefgreifenden psychologischen Auswirkungen auf ihr Leben, sondern unter dem Mangel an Nahrungsmitteln, unter der Schließung ihrer Schulen und dem Fehlen der medizinischen Grundversorgung.⁹ Auf die Frage danach, was man tun könnte, um die Auswirkungen des Krieges geringer zu halten, gibt eine Frau zur Antwort: „Es liegt ganz bei Ihnen, welche Art von Hilfe Sie uns anbieten. Aber wir bitten Gott darum, das es in diesem Land ein bisschen Frieden geben möge. Um mehr bitten wir gar nicht. Wir wären sehr dankbar dafür, wenn wir nur in der Lage wären, unseren Lebensunterhalt zu sichern und gut schlafen zu können. Dass wir imstande wären, unser Land zu bearbeiten, uns um unsere Kokosnüsse und unsere Ernte zu kümmern ...“¹⁰ Der erste Schritt auf dem Weg zu einer gerechten Welt besteht darin, dass es ausreichend Nahrung gibt und genug Ruhe, Gesundheitsversorgung, Bildung sowie Straßen zum Markt. Erst dann kann man sich hinsetzen und über Versöhnung sprechen. Ein Seelsorger sagt: „Wenn die Grundbedürfnisse der Menschen nicht befriedigt werden, können sie nicht an Frieden denken.“ Ein Mädchen in einem Video auf *YouTube* fasst ihre Träume so zusammen: „Ich wünsche mir [nur], dass der Schulunterricht morgen wieder stattfindet.“¹¹

Der Ausbau von Zonen des Friedens und von Dialogräumen

Wenn man mit Menschen in Konfliktsituationen spricht, dann fallen einem die leeren Blicke auf, die auf Lähmung und Ausweglosigkeit hindeuten. Eine Witwe

berichtet: „Dies ist die Welt, in der wir aufgewachsen sind. Wir kennen keine andere. Wir müssen damit fertigwerden. Das Programm der Regierung für Frieden und Entwicklung und alles, was mit Frieden oder Ordnung zu tun hat, interessiert uns überhaupt nicht.“ Sogar die Beamten der Kommunalverwaltung sind der gleichen Ansicht: „Diese Militäroperationen, Friedensgespräche, öffentlichen Anhörungen – das ist alles völlig vergebens.“¹² Vor Ort gibt es nur Vorurteile und Misstrauen. Unter solchen Bedingungen ist der – sehr zu wünschende – Dialog doppelt schwer.

Es gibt jedoch auch Stimmen und Initiativen, in denen nicht Fatalismus, sondern Hoffnung zum Ausdruck kommen. Ein konkretes Beispiel dafür ist die Errichtung von „Friedenszonen“. Die Zonen des Friedens (*daru-ul salaam*) sind kleine Gebiete, die meist von den – muslimischen oder christlichen – Bewohnern kleiner Dörfer eingerichtet werden, um die Gewalt von einem bestimmten Ort fernzuhalten. Friedenszonen haben gewisse Regeln, auf die man sich geeinigt hat: selbstverhängte Ausgangssperren, keine Schusswaffen, sofortige Lösung von Konflikten usw. Die Botschaft der Friedenszonen lautet ganz einfach: Wenn beide Seiten immer noch weiterkämpfen wollen, „dann sollen sie es bitte nicht hier tun“. In einem anderen Programm wird in einigen kommunalen Bildungsinstitutionen ein „Friedens-Lehrplan“ aufgesetzt (z.B. ein Master in Friedensstudien oder ein Kinder-Friedenslehrplan). Bemerkenswert ist auch die Initiative eines „Friedens-tisches“ in Klassenzimmern. Wenn sich in der Schule alltägliche Konflikte zutragen, dann werden die beteiligten Kinder gebeten, zum Friedentisch im Klassenraum zu gehen und ihre Probleme zu lösen. Auch wenn offizielle Friedensverhandlungen auf höchster Ebene notwendig sind (die auch auf verschiedenen Ebenen geführt werden)¹³, so findet doch der kulturelle Kampf um das Einreißen der „unsichtbaren Wand“ der Vorurteile und Feindseligkeiten an der Basis und im ganz alltäglichen Leben der Menschen statt. Der gerade genannte fundamentale Rahmen für Frieden und Versöhnung ermöglicht es in gewissem Maße, wieder Freundschaft zu schließen, die Nachbarn wieder zu treffen oder neue Möglichkeiten kennenzulernen, inmitten andauernder Gewalt wieder Beziehungen zu knüpfen und zusammen zu leben.

IV. Restorative Justice: Lehren von der Basis

Was können wir diesen Erzählungen aus einem bestimmten Kontext entnehmen? Was kann die Situation in Mindanao zum Rechtsdiskurs ganz allgemein beitragen, oder insbesondere zu *restorative justice*?

Restorative Justice und ihre gesellschaftlichen Voraussetzungen

Unsere Untersuchung der Situation in Mindanao deutet auf fest verwurzeltes strukturelles Unrecht hin, das einer realen strukturellen Lösung bedarf. Der alte, bis jetzt nicht erfüllte Traum der Muslime von Mindanao von der Selbstbestim-

mung erfordert eine komplexe gesellschaftliche Neuordnung, damit sich wirkliches Recht durchsetzen kann. Doch unsere Untersuchung hat auch gezeigt, dass die Gerechtigkeit in all ihren Facetten – als strafende Gerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit, *restorative justice* etc. – einiger gesellschaftlicher Voraussetzungen bedarf. Der Wunsch vieler Menschen in Mindanao richtet sich im Moment nicht so sehr auf eine großartige Geschichte von einer gerechten und versöhnten Gesellschaft. Im Moment würde zum Überleben auch „ein bisschen Gerechtigkeit“ ausreichen (kürzlich hörte ich, wie ein junger hispanischer Theologe von „*un poquito de justicia*“ sprach). Nicht wirklich viel, sondern nur ein Minimum an Frieden, damit das tägliche Leben weitergehen kann – das Nötigste an Nahrung, Zeit zur Arbeit auf den Feldern bis zur Ernte, Zugang zur Gesundheitsversorgung, eine Schule usw. Die Erfahrungen dieser Menschen lehren uns, dass die idealistischen Diskurse über Gerechtigkeit, Dialog oder Versöhnung, die sich häufig in kirchlichen Dokumenten, in Reflexionen der wissenschaftlichen Theologie oder Philosophie oder auch bei den Nichtregierungsorganisationen finden, nur „hehre Worte“ sind. Auch wenn sie notwendig sind, so scheitern sie doch, wenn sie mit den tatsächlichen Realitäten an der Basis konfrontiert sind. Nachdem ich den Aufruf zum interreligiösen Dialog mit Religionslehrern in Mindanao diskutiert hatte, war ich ziemlich sprachlos, als mir jemand sagte: „Dialog? Das ist nur etwas für den Hörsaal. Bei uns muss man den Mund halten, wenn man am Leben bleiben will.“

Restorative Justice versus strafende Gerechtigkeit

Im Konzept der *restorative justice* wird den traditionellen und altbewährten Schlichtungsprozessen in ethnischen Gruppen der Vorzug gegeben. Weil sie auf lokale Sensibilitäten Rücksicht nimmt, wird sie zu einer brauchbaren Alternative, wenn es darum geht, in Nachkriegs-Gesellschaften auf Dauer Frieden und Versöhnung zu schaffen. Aber in Konfliktsituationen bedarf es immer noch eines Minimums an strafender Gerechtigkeit; so etwa zuverlässiger Polizeikräfte, funktionierender Gerichte, einer stabilen lokalen Führung, eindeutiger Sanktionen für Straftäter usw. Wenn Polizisten die Absichten eines Warlords in die Tat umsetzen oder Richter aus Angst vor Repressalien das Weite suchen, dann kann *restorative justice* nicht greifen. Vielleicht ist eine Vermittlung durch Dritte nötig, damit diese grundlegenden politischen Strukturen funktionieren. So begrüßen zum Beispiel einige christliche Gemeinschaften überraschenderweise die Anwesenheit von Marinesoldaten; so können sie zumindest zur Arbeit gehen, ohne dass sie befürchten müssten, entführt zu werden. In gleicher Weise sind muslimische Gruppen dankbar, wenn sich die Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) als Vermittlerin an den offiziellen Friedensgesprächen beteiligt. In indigenen Gruppen haben sich Frauen in kreativer Weise organisiert; sie überwachen den Frieden und vermitteln zwischen kriegführenden Stämmen. Diese Vermittlungstätigkeit dient einem einfachen Zweck: Sie soll ein Minimum an politischer Organisation ermöglichen. Wenn die fortdauernde Gewalt durch unkontrollierbare dominante Kräfte beendet werden soll, wenn „schrankenlose Privatrache“

durch die Opfer (Selbstjustiz) verhindert werden soll, wenn einzelne Straftäter ausgemacht werden sollen (damit nicht gleich ganze Gruppen wie „Muslime“ oder „Christen“ beschuldigt werden) oder der Teufelskreis der Straffreiheit durchbrochen werden soll, dann ist immer ein Minimum an strafender Gerechtigkeit vonnöten. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen verschwimmt die strenge Unterscheidung von strafender Gerechtigkeit und *restorative justice*, wie sie von Verfechtern der Letzteren vertreten wird. Selbst in Gesellschaften, die ihre Konflikte beigelegt haben, werden bereits Zweifel daran geäußert, wie effektiv *restorative justice* sein kann, wenn man es mit tief verwurzelten Konflikten zu tun hat, die auf jahrhundertelange Unterdrückung und Marginalisierung zurückgehen.

Restorative Justice, Habitus und Strukturen

Welchen Beitrag leisten die Lehren von Mindanao zur breiteren Diskussion um *restorative justice*? Allgemein wird gesagt, dass *restorative justice* sich diskursiver Methoden bedient, was heißt, dass sie beim Schlichtungsprozess auf Sprache und Vernunft setzt. Indem sie einen abstrakten Legalismus der strafenden Gerechtigkeit vermeidet, vertraut sie vor allem auf das Zusammenbringen von Opfern und Tätern, auf gegenseitige Vereinbarungen zwischen den Parteien und auf die Schiedsverfahren vor Ort – wobei sie ihre Hoffnung darauf setzt, dass dieser zwischenmenschliche Lösungsansatz mit besonderer Sensibilität gegenüber der Situation der Opfer zu dauerhafter Versöhnung führen kann.

Doch die Situation in Mindanao zeigt, dass die Beseitigung von Unrecht und Vorurteilen tiefer reicht als das, was rationale und sprachlich vorgebrachte Argumente erreichen können. Durch Gewalt hervorgerufene Gefühle sind tief im körperlichen Habitus verankert – deshalb werden sie zur zweiten Natur von Opfern wie Tätern. Furcht oder Feindseligkeit sind nicht nur vernünftige oder emotionale Reaktionen, sondern auch unwillkürliche körperliche Reaktionen auf die Erfahrung unmittelbarer, tagtäglich drohender Gefahr. Weil sie dem Körper eingeschrieben und verleblicht sind, lassen sie sich nicht durch bloße Begegnungen von Angesicht zu Angesicht aus der Welt schaffen oder durch vernünftige Schiedsverfahren. Die Erfahrungen von Mindanao zeigen uns, dass der Weg zu Gerechtigkeit und Versöhnung über schlichtende Gespräche und den Dialog hinausgehen muss; es muss auch darum gehen, mit unseren Körpern bestimmte Werte und Ordnungen einzuüben. Dazu ist eine tägliche kulturelle Praxis nötig und auch die Sozialisation von Kindheit an. Was die rein „zwischenmenschlichen Lösungsansätze“ nicht berücksichtigen, sind die tief verwurzelten gesellschaftlichen Strukturen, die Teil der Kultur und auch unserer Körper sind und die bestimmen, wie wir in konkreten Situationen handeln und reagieren. Bekanntermaßen sind Konflikte nicht nur zwischenmenschliche Geplänkel, sondern tief verankerte strukturelle Asymmetrien. Friedenszonen, Friedenslehrpläne und Friedentische sind nur bescheidene Versuche von der Basis aus – nicht wirklich umfassend, sondern lokal begrenzt –, eine alternative soziale Welt, in der Respekt, Frieden und Gerechtigkeit im Alltag der Menschen gelebt und praktiziert werden können, zu denken und zu befördern.

¹ Benedikt XVI., *Botschaft zur XVIII. Vollversammlung der Päpstlichen Akademie der Sozialwissenschaften*; www.vatican.va/holy_father/benedict_xvi/messages/pont-messages/2012/documents/hf_ben-xvi_mes_20120427_social-sciences_ge.html.

² Anm. der Übersetzerin: Für *restorative justice* gibt es im Deutschen kein Äquivalent; dazu gehören beispielsweise Versuche der Wiedergutmachung und der Mediation, ein Täter-Opfer-Ausgleich oder generell opferorientierte Justiz.

³ Dan Murphy, *Philippines Massacre: The Story Behind the Accused Ampatuan Clan*, in: The Christian Science Monitor, www.csmonitor.com/World/Global-News/2009/1124/philippines-massacre-the-story-behind-the-accused-ampatuan-clan.

⁴ Gracia Burnham – Dean Merrill, *Im Angesicht meiner Feinde. Ein Jahr Geiselhaft auf den Philippinen*, Asslar 2003.

⁵ Marites Dañguilan Vitug – Glenda M. Gloria, *Under the Crescent Moon: Rebellion in Mindanao*, Quezon City 2000, 1–23.

⁶ Julkipli Wadi, *Multiple Colonialism in Moroland*, in: Bobby Tuazon (Hg.), *The Moro Reader: History and Contemporary Struggles of the Bangsamoro People*, Quezon City 2008, 19–28.

⁷ James Francis Warren, *The Port of Jolo and the Sulu Zone Slave Trade: An 1845 Report*, in: The Journal of Sophia Asian Studies 25 (2007), 305; vgl. ders., *The Sulu Zone 1768–1898: The Dynamics of External Trade, Slavery and Ethnicity in the Transformation of a Southeast Asian Maritime State*, Singapore 2007. Mein Dank geht an Karl Gaspar, der mir hiervon Kenntnis gab.

⁸ Siehe John de Cruchy, *Reconciliation: Restoring Justice*, London 2002; David Bloomfield u.a., *Reconciliation After Violent Conflict: A Handbook*, Stockholm 2003; Tristan Anne Borer, *Telling the Truths: Truth Telling and Peace Building in Post-Conflict Societies*, Notre Dame 2006; Katherine van Wormer (Hg.), *Restorative Justice Across the East and West*, Manchester 2008; Mohamed Abu-Nimer, *Reconciliation, Justice and Co-existence: Theory and Practice*, Lanham 2011.

⁹ Hierzu siehe Sheilfa Alojamiento, *Armed Conflict in Sulu: A Local Perspective*, in: Tambara 24 (2007), 33–78.

¹⁰ Ebd., 55.

¹¹ Vgl. *Peace in Mindanao*, www.youtube.com/watch?v=4u2SIFRM8Ms&playnext=1&list=PL785670ED023559F8&feature=results_main.

¹² Alojamiento, *Armed Conflict in Sulu*, 54.

¹³ Im Oktober 2012 haben die philippinische Regierung und die Islamische Befreiungsfront der Moros (*Moro Islamic Liberation Front*, MILF) eine Rahmenvereinbarung getroffen, um in Mindanao eine neue autonome politische Größe namens „Bangsamoro“ zu schaffen. Vgl. www.gov.ph/2012/10/07/the-2012-framework-agreement-on-the-bangsamoro.

Aus dem Englischen übersetzt von Dr. Gerlinde Baumann